

6

Bonn, Freitag 6. Mai 1966

Sprecher: Adorno, Amrehn, Barzel, Burgbacher, Dittmar, Dufhues, Erhard, Heck, Kohl, Stingl.

Konstituierung des Bundesvorstands. Verschiedenes.

Beginn: 15.30 Uhr

Ende: 17.10 Uhr

KONSTITUIERUNG DES BUNDESVORSTANDS

Erhard: Meine Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Soweit Sie hier versammelt sind, heiße ich Sie alle herzlich willkommen zur konstituierenden Sitzung des Bundesvorstands. Wir haben heute morgen im Parteiausschu getagt und Zuwahlen für den Bundesvorstand vorgenommen.¹ Bevor ich nun die eine oder andere politische Frage beantworte, möchte ich doch sagen, daß wir entschlossen sind, die Parteiarbeit zu intensivieren und zu verdichten.

Wir haben uns vorgenommen, daß sich das Parteiprsidium zu einem festen Termin alle 14 Tage trifft. Wir haben auch schon die Termine vorgesehen, an denen der Bundesvorstand tagen soll. Wir haben bis Ende dieses Jahres außer der heutigen Zusammenkunft noch drei Sitzungen des Bundesvorstands vorgesehen. Unser Kollege Heck wird Ihnen nachher die Termine nennen.

Wir wollen mit den Landesverbänden stärkere Verbindungen aufnehmen. Wir möchten Reaktionen erfahren über das, was unsere Partei zu tun hat. Wir sind uns darüber klar, daß wir vor einer schweren Situation stehen und daß die äußere Position, wie sie sich heute darstellt, uns ganz bestimmt manche Probleme aufwirft. Wir haben das Problem in der Entwicklung der NATO durch die Aktionen des französischen Staatspräsidenten.² Wir hoffen, daß wir eine glückliche Lösung finden, um die französischen Truppen auf deutschem Boden zu behalten. Es ist der Wunsch Frankreichs und der Wunsch Deutschlands, aber wir müssen die uns gemäße Form finden, die eben nicht eine Erinnerung zuläßt an ein Besatzungsstatut.

Ich will das Thema heute nicht vertiefen und nicht im besonderen von Europa sprechen, obwohl es auch dort diese Probleme gibt. Ich denke an die jetzt vordergründige Polemik um die Agrarpolitik und die Agrarfinanzierung.³ Ich will gar nicht vom politischen Europa sprechen, das im Augenblick etwas verdunkelt vor uns liegt. Aber ich

1 Gewählt wurden Ilse Becker-Döring, Hermann Josef Russe und Richard von Weizsäcker, vgl. Nr. 7 S. 239.

2 Vgl. AAPD 1966 Nr. 134. Vgl. auch Nr. 5 S. 171–173 und Anm. 11.

3 Vgl. KLUGE S. 17–21.

möchte doch deutlich sagen, daß wir uns im inneren Bereich vor sehr schwierigen Aufgaben befinden. Sie wissen, daß wir einen längerfristigen Finanzplan vorlegen wollen.⁴ Daran wird schon kräftig gearbeitet. Ich bin jetzt nicht in der Lage – und es wäre politisch und taktisch verfrüht, schon Zahlen zu nennen und konkrete Vorstellungen zu entwickeln –, darüber zu berichten, aber eines möchte ich doch mit aller Deutlichkeit sagen: Es wird die Aufgabe unserer Partei sein, wenn wir die Verantwortung fest in den Händen halten wollen, dem deutschen Volke zu sagen, was möglich ist und was nicht möglich ist.

Es scheinen sich allmählich die Geister etwas zu verwirren. Wir sind wieder mitten auf dem Weg, über unsere Verhältnisse zu leben. Betrachten Sie das nicht als eine Ansprache an ganz bestimmte Gruppen. Ich meine buchstäblich alle miteinander. Ich glaube, wir werden nicht zur Ordnung kommen, wir werden vor allen Dingen die Stabilität unserer Währung nicht gewährleisten, wir werden die deutsche Wettbewerbskraft nicht sichern, wir werden auf die Dauer unsere Zahlungsbilanz nicht ausgleichen und deshalb nicht bestehen können, wenn wir uns nicht zusammenfinden und gemeinsam die Kraft entwickeln, das zu tun und dem deutschen Volke deutlich zu machen, was notwendig ist. Das erfordert ein hartes Zusammenstehen.

Ich glaube, daß sich unsere Partei immer dann besonders bewährt hat, wenn der Weg nicht mit Rosen bestreut war, sondern wenn es Hindernisse zu nehmen galt. Ich denke an die Wiedereinführung der Bewaffnung, an die Aufstellung der Bundeswehr, an die Debatten um die Atomwaffen usw. Ich denke vor allem an das Deutschland-Problem, das jetzt wieder in den Vordergrund gerückt ist, und zwar durch diesen problematischen Gesprächsaustausch.⁵ Hier laufen wir nämlich Gefahr, wenn wir nicht eine ganz klare Haltung einnehmen, daß die Verwirrung und die Vernebelung im deutschen Volke fortschreiten. Wenn wir nicht selber einig sind, wenn wir in Deutschland keine klare Haltung bekunden, wie wollen wir dann in unserer Außenpolitik bestehen, um der Welt begreiflich zu machen, welche Bedeutung das Deutschland-Problem für die Sicherung und Befriedung Europas, überhaupt für die Gewährleistung des Friedens in der Welt hat.

Wir stehen vor Aufgaben, die turmhoch erscheinen; aber sie sollen uns nicht entmutigen. Diese Geisteshaltung haben wir nie eingenommen. Heute ist unser Zusammenhalt notwendiger denn je. Ich bitte Sie alle um Ihre Unterstützung, um Ihre Mitarbeit bei den Aufgaben, die wirklich von geschichtlicher Bedeutung sind für die Zukunft unseres Volkes (*Lebhafter Beifall.*)

4 Ankündigung einer Mittelfristigen Finanzplanung durch Kanzler Erhard am 3. März 1966 im Bundestag, vgl. Sten.Ber. 5. WP 25. Sitzung S. 1128–1132. – Vgl. Alex MÖLLER: Mittelfristige Finanzplanung. Entwicklung, Aufgabe, Konsequenzen. Bonn 1967.

5 Zum geplanten Redneraustausch SPD-SED vgl. AAPD 1966 Nr. 126, Nr. 138, Nr. 172; AdG 1966 S. 12348 f., 12404–12406; Jochen STAADT: Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation. Berlin 1993 S. 167–208.

Heck: Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich darf zunächst die drei Termine für die Bundesvorstandssitzungen im Jahre 1966, auf die sich das Präsidium geeinigt hat, bekanntgeben. Wir müssen unbedingt eine Vorstandssitzung unmittelbar nach den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen abhalten. Das wäre der 11. Juli. (*Kohl:* Bitte langsamer! Sie sind Bundesminister und deshalb an das schnelle Denken gewöhnt. Aber wir sind aus der Provinz und kommen bei diesem Tempo nicht mit!) Ich mache ja deshalb eine längere Pause! (*Heiterkeit und Bewegung.*) Also, am 11. Juli 1966 um 9.30 Uhr, damit auch die Herren von Berlin von Anfang an dabei sein können. Die nächste Bundesvorstandssitzung ist vorgesehen unmittelbar nach den Parlamentsferien am 7. Oktober um 9.30 Uhr. Die letzte Bundesvorstandssitzung in diesem Jahr soll am 2. Dezember sein. Falls die politischen Ereignisse es notwendig machen, wird selbstverständlich auch zwischendurch eine Vorstandssitzung abgehalten.

Es ist nützlich, daß wir diese Termine festlegen, damit nicht unbeschrieben ein halbes Jahr lang keine Vorstandssitzung stattfindet. Die Parteausschußsitzung wird zweckmäßigerweise, wenn es für nützlich gehalten wird, jeweils gekoppelt mit den Bundesvorstandssitzungen. Wir sind aber der Auffassung, wir sollten das heute nicht durch den Vorstand beschließen lassen, sondern sollten es zur Disposition halten je nach der Lage, ob es zweckmäßig erscheint oder nicht.

Kohl: Ich würde darum bitten, nur in Ausnahmefällen den Bundesvorstand und den Bundesausschuß an einem Tag zusammen einzuberufen, denn sonst kommen beide Gremien nicht zu ihrem Recht. Zum Bundesausschuß kommen so viele Freunde aus der ganzen Bundesrepublik, daß man dort einen halben Tag lang intensiv tagen sollte mit einer entsprechenden Tagesordnung. Für den Bundesvorstand gilt das genauso. Wir haben uns vorgenommen, dieses Instrument nach der Satzung voll auszuschöpfen. Dazu brauchen wir die notwendige Zeit.

Heck: Es bestehen keine Bedenken, das von einem Tag auf den anderen zu machen, d. h. man könnte hintereinander tagen. (*Kohl:* Dagegen ist nichts einzuwenden.) Zu den Kooptationen darf ich sagen, wir waren im Präsidium so verblieben – und ich hatte den Eindruck, daß das vom Parteausschuß auch akzeptiert worden ist –, daß wir Herrn von Weizsäcker⁶ nicht zur Wahl stellen, sondern kooptieren. Damit wäre eine Position besetzt.

Es war weiter allgemein die Meinung, daß wir Frau Dr. Becker-Döring⁷ im Vorstand behalten sollten. Sie ist vor zwei Jahren vom Vorstand kooptiert worden. Von Frau Brauksiepe ist mit Nachdruck gesagt worden, welcher großen Wert die Frauen darauf legen, daß Frau Dr. Becker-Döring im Vorstand bleibt. Dann muß ich allerdings sagen,

6 Dr. Richard von Weizsäcker (geb. 1920), Jurist; 1964–1970 Präsident des deutschen Evangelischen Kirchentages, 1969–1981 MdB (CDU), 1981–1984 Vorsitzender des LV Berlin und Regierender Bürgermeister von Berlin, 1984–1994 Bundespräsident. Vgl. LEXIKON S. 395–397.

7 Dr. Ilse Becker-Döring (1912–2004), Rechtsanwältin und Notarin; 1961–1972 Stadträtin in Braunschweig (CDU), 1966–1972 Erste Bürgermeisterin, 1970–1978 MdL Niedersachsen, 1968–1988 Mitglied des Bundesparteigerichts der CDU.

bei der Wahl hat sich ergeben, daß Herr Dr. Dittmar und Herr Russe gleichviel Stimmen hatten. Im Ausschuß ist für Herrn Dittmar votiert und entschieden worden unter der Ankündigung, daß Herr Russe kooptiert wird.

Damit wären eigentlich die drei Plätze, die zu vergeben sind, bereits besetzt. Zur Sache muß ich noch darauf aufmerksam machen, daß zwei Mitglieder, die zur Wiederwahl anstanden, nicht wieder gewählt worden sind, nämlich Herr Russe, von dem schon die Rede war, und unser Freund Dr. Otto Schmidt. Ich glaube, daß man das einfach wissen muß, bevor man diskutiert und dann am Schluß darüber abstimmt, wer kooptiert werden soll. Mehr kann ich zur Klärung der Situation jetzt nicht sagen.

Erhard: Meine Damen und Herren! Ich darf die Gelegenheit benutzen, um die neuen Mitglieder des Bundesvorstands in unserem Kreis herzlich willkommen zu heißen, (*Beifall.*) auch wenn heute leider nicht viele anwesend sind. Wir nehmen Sie mit Freuden auf und versprechen uns davon eine Neubelebung unserer Arbeit.

Ich hätte noch im Anschluß an den Parteitag zu sagen: Wir haben angeregt, wir sollten bestimmte Gruppen bilden, um hier unsere Parteiarbeit und unser Parteiprogramm vom Grundsätzlichen her zu erörtern und vorzubereiten. Ehe wir konkret darüber sprechen – wir brauchen heute die Zusammenstellung nicht vorzunehmen –, würden wir im Präsidium diese Frage erörtern. Dies scheint mir notwendig zu sein. Ich befürchte, daß die Diskussion um die liberale Wirtschaftspartei z. B. unserer Partei geschadet hat.⁸ Es hat Verstimmung in manchen Lagern hervorgerufen, was gar nicht notwendig gewesen wäre. Ich glaube, auf dem Parteitag selbst ist Klarheit geschaffen worden, aber die Diskussion vorher war nicht gerade schön und erfreulich.

Wir sind eine breitgestreute Volkspartei und können es uns nicht leisten, nur auf eine Seite hin zu sprechen und unsere Gunst so ungleichmäßig zu verteilen und gleichzeitig eine Kritik anderen gegenüber so übersteigert vorzutragen. Das bringt mich überhaupt auf die Wahlen in diesem Jahr. Die nächste Wahl ist in Nordrhein-Westfalen. Wir haben uns oft genug darüber unterhalten. Jeder sollte dazu beitragen, daß ein hier und da auftretender Pessimismus oder Zweifel sich nicht sofort ausbreiten, womit dann die ganze Stimmung mit Füßen getreten wird. Ich denke hierbei auch an die Wahlen in Bayern und in Hessen. Wir haben immer gesiegt, weil wir mit Optimismus den Wahlkampf geführt haben.

Wir sollten nicht so demoskopenhörig sein und glauben, die wüßten alles ganz genau im voraus. Ich schätze es nicht gering ein, was man dort erfahren kann, aber ich bin

⁸ Die Wahl Ludwig Erhards zum Parteivorsitzenden und das „Wiesbadener Manifest“ des Wirtschaftsrats der CDU von Anfang Februar 1966, das mehr Wettbewerb forderte, hatten bei Vertretern der CDA die Befürchtung geweckt, die CDU entwickle sich zu einer liberalen Wirtschaftspartei. Vgl. Josef Mick auf der Hauptversammlung der CDA Rheinland am 26. Februar 1966 S. 2: „Wer etwa glaubt [...] aus der CDU eine liberale Wirtschaftspartei machen zu können, wird unseren erbitterten Widerstand finden.“; „Rheinische Post“ vom 28. Februar 1966 „CDU-Sozialausschüsse warnen Erhard“; „Münchener Merkur“ vom 28. Februar 1966 „Kampfansage an CDU-Liberale“; „Industrie Kurier“ vom 29. März 1966 „Sie strapazieren die Union“. Erhard trat dieser Befürchtung auf dem Bundesparteitag in Bonn energisch entgegen, vgl. CDU, 14. BUNDESPARTEITAG S. 89.

auch nicht bereit, das schon als die eherne Wahrheit und das Ergebnis von morgen anzuerkennen. Ich denke z. B. an die Wahlen an der Saar. Dort lagen wir nach den demoskopischen Umfragen einhellig um zehn Punkte hinter den Sozialdemokraten. Die hatten schon den Sekt bestellt zur Siegesfeier, aber wir haben sie gerade noch überrundet, und zwar haben wir es geschafft durch unseren Einsatz, unsere Kraftentfaltung und unsere positive Haltung.⁹ Denken Sie an die Bundestagswahlen. Da lagen wir in der ganzen deutschen Presse in einem Kopf-an-Kopf-Rennen mit der SPD. Aber wir haben dann mit mehr als acht Punkten Vorsprung vor der SPD gesiegt. Daran sieht man also, die Wahlen werden nicht allein gewonnen – so wichtig das ist – durch bestimmte politische, ökonomische und soziale Tatbestände, sondern auch durch psychologische Momente.

Die Haltung, die man dabei an den Tag legt – ich habe dabei eine reiche Erfahrung, die bis an die Anfänge zurückreicht –, ist von ausschlaggebender Bedeutung. Man überzeugt die Menschen nicht allein durch Worte, sondern auch durch die eigene Haltung, durch die Sicherheit des Auftretens, durch die Klarheit der Aussage, auch wenn sie scheinbar nicht für jedermann bequem ist.

Ich sage es immer wieder: Wir haben die größten Siege mit den Dingen errungen, die scheinbar nicht bequem waren. Wir verfallen aber in den Fehler, wenn wir meinen, man müsse es jedem recht machen, und nur dann könne man die Wahlen gewinnen. Ich habe z. B. in bezug auf die Wahlen in Nordrhein-Westfalen die unterschiedlichsten Urteile darüber gehört, was wichtig und bedeutsam ist und was den Ausschlag geben wird. Wenn Sie das alles als bare Münze nähmen, dann wären wir eigentlich in einer hoffnungslosen Position, denn alles das, was da den einzelnen Kreisen vorschwebt an Notwendigkeiten, an Versprechungen, die wir geben sollen, ist doch nicht durchzuführen.

Ich habe den Leuten gesagt, in welcher wirtschaftlichen Situation wir uns befinden und was wir tun müssen, um die Stabilität zu erhalten. Jeder soziale Fortschritt und alles das, was wir tun, beruht auf der inneren Sicherheit und der Stabilität. Wenn aber das Gebäude ins Wanken kommt, wenn das nicht mehr überzeugend dem deutschen Volke präsentiert wird, wenn wir es nicht mehr überzeugend begründen können, dann haben wir verspielt.

Wir werden uns also beim Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen einsetzen mit ganzer Kraft und mit voller Hingabe. Wir werden uns nicht irre machen lassen durch die trüben Prophezeiungen, die, von welcher Seite auch immer, in die Welt gestreut werden.¹⁰ Diese trüben Prophezeiungen sind Gift für uns. Unsere Partei kann nur im Optimismus gewinnen. Die SPD gewinnt durch den Pessimismus, und zwar dadurch, daß sie das Volk in Unruhe stürzt. Wir aber haben die Aufgabe, dem Volk die innere Sicherheit zu geben.

⁹ Am 27. Juni 1965: CDU 42,7%, SPD 40,7%, FDP/DPS 9%, SVP/CVP 5,2%. Vgl. LEXIKON S. 749. Vgl. Nr. 3 Anm. 3.

¹⁰ Nach EMNID neigten im Mai 1966 43% der nordrhein-westfälischen Wähler zur SPD, 34% zur CDU; im Juni war das Verhältnis 46% SPD zu 27% CDU. Auf Bundesebene ermittelte ein Meinungsforschungsinstitut 48% für CDU/CSU, 43% für die SPD („Bonner Rundschau“ vom 26. Mai 1966).

Wir sind nach einem anderen Gesetz angetreten. Das muß sich auch jetzt bei der Wahl in Nordrhein-Westfalen noch einmal bewähren. Ich hoffe, in Ihrem Namen gesprochen zu haben. (*Dufhues*: Auch in meinem Namen! – *Beifall*.)

VERSCHIEDENES

Barzel: Herr Bundeskanzler! Ich glaube, es ist sehr wichtig, wegen des deutsch-französischen Verhältnisses bei dieser Wahl auf folgendes hinzuweisen: Die Tatsache, daß General de Gaulle vom 20. bis 30. Juni in Moskau ist, haut uns in die Wahl hinein. Und wenn – wie es die neuesten Nachrichten besagen – die Gefahr besteht, daß man sich nicht verständigt über die Anwesenheit der Truppen hier, die dann Anfang Juli abziehen, dann hat das natürlich durchschlagendere Wirkungen als vieles andere.¹¹

Ich weiß, wie schwer es dem General ist, aber ich meine doch, daß es für unser Par-teivolk wichtig ist, diese beiden Fragen nochmals anzusprechen. Ich habe diese Note ja vorher nicht gekannt. Es ist nicht möglich, vom Auswärtigen Amt so etwas vorher zu kriegen. In der Paket-Politik der Note ist natürlich eine Gefahr. Wenn wir alle vier Verträge als ein Paket betrachten und das im Zusammenhang mit den Truppen nennen, dann sind natürlich alle vier Verträge erledigt. Damit ist dann z. B. auch der Deutschlandvertrag für Frankreich erledigt.

Es gibt schon seit zwei Jahren eine Gefahr, daß nämlich die Pariser versuchen, aus der Viermächteverantwortung herauszukommen, allein schon deshalb, weil damit auch die amerikanische Anwesenheit aus originärem Recht in Europa in einem neuen Licht dastünde. Ich glaube also, daß das sehr dringend ist. Ich möchte jetzt keine Debatte darüber, aber ich möchte es doch gesagt haben. Der Wahl wegen müssen wir hier eine zwar feste, aber zugleich auch eine so verständliche Haltung einnehmen, daß nicht aus diesen beiden Punkten eine große Gefahr entstehen kann. (*Beifall*.)

Amrhein: Ich darf eine Bemerkung anfügen, die sich nicht auf die Wahlen bezieht, sondern auf die Erklärung: Es kann unter keinen Umständen noch irgendeine Form des Besatzungsstatuts geben, die den Franzosen das Recht gäbe, hier zu sein. – Generell ge-

¹¹ Besuch des französischen Verteidigungsministers Messmer vom 1.–3. Mai bei von Hassel, vgl. AdG 1966 S. 12481; AAPD 1966 Nr. 131. Vgl. auch die Aufzeichnungen von Hassels im „Militärischen Tagebuch“ (ACDP 01–157–002/2). – Im Mittelpunkt stand die Frage des künftigen Status der französischen Truppen in Deutschland, da Frankreich angekündigt hatte, seine Truppen am 1. Juli 1966 dem NATO-Oberfeld zu entziehen. Falls es keine Einigung über den Status der französischen Truppen geben sollte, plante Frankreich, diese aus der Bundesrepublik abzuziehen. Die Bundesregierung antwortete am 3. Mai 1966 auf die Note der französischen Regierung vom 29. März, vgl. BULLETIN Nr. 60 vom 6. Mai 1966 S. 469 f.; AAPD 1966 Nr. 134. Zum Beschluß der CDU/CSU-Fraktion vom 14. Juni 1966 zum Status der französischen Truppen in Deutschland, vgl. CDU/CSU-FRAKTIONSprotokolle S. 1826 f. Die Antwort der französischen Regierung auf das deutsche Memorandum erfolgte kurz darauf, vgl. „Welt“ vom 23. Mai 1966 „Der Wortlaut der französischen Antwort an Bonn“. Zur Antwort der Bundesregierung am 30. Juni, vgl. BULLETIN Nr. 90 vom 8. Juli 1966 S. 713. Eine endgültige Einigung wurde am 21. Dezember 1966 erzielt, vgl. BULLETIN Nr. 161 vom 23. Dezember 1966 S. 1304 f.

sehen ist der Satz so richtig. (*Erhard*: Sie müssen unterscheiden zwischen Berlin und ...) Ja, Herr Bundeskanzler, wir wissen, daß das Durchgangsrecht nach Berlin aufgrund des Besatzungsrechts durch die Zone besteht.¹² Obwohl es nicht geschrieben steht, erklären wir immer, das Durchgangsrecht der Amerikaner, Engländer und Franzosen ist ipso facto gegeben, da sie in Berlin Garnisonen haben, so daß also die Amerikaner, die Engländer und Franzosen durch die Zone fahren ausschließlich aufgrund ungeschriebenen Besatzungsrechts.

Wenn wir diesen Standpunkt vertreten als positives Recht gegenüber den Sowjets, dann muß er insoweit auch für die Franzosen gelten, weil die Berliner Garnison in Betracht kommt. Ich sage es um der Deutlichkeit willen noch einmal, in allen anderen Dingen fällt das Besatzungsrecht weg, aber hier können sie auf einen Besatzungsanspruch pochen.

Erhard: Wenn ich vom Besatzungsrecht gesprochen habe, dann meine ich nicht dieses Problem, sondern ich meine, durch den im Jahre 1954 getroffenen Vertrag ist das Besatzungsstatut erloschen. Dann ist der Deutschlandvertrag gekündigt worden und der Aufenthaltsvertrag, der die Dinge regelt, die Sie eben angesprochen haben.¹³ Mir liegt außerordentlich viel daran, diese Dinge zu regeln. Wenn es uns nicht gelingen sollte, hier eine praktikable Lösung zu finden, wird das auch auf die anderen NATO-Partner keine gute Wirkung haben.

Amrehn: Herr Bundeskanzler, Sie haben uns aufgerufen, dem deutschen Volke klarzumachen, daß wir unseren Riemen etwas enger schnallen müssen oder die Erweiterung nur in geringeren Abständen zu erlauben. Ich glaube, an diesem Tisch ist niemand, der Ihnen nicht dabei helfen will. Dazu ein Beispiel! Im Januar hat das Bundeskabinett dem Berliner Senat einen Betrag von 41 Mio. DM Zuschuß abgelehnt. Wir haben uns auf die Barrikaden des Abgeordnetenhauses gestellt und für die Bundesregierung gekämpft und erklärt, es ist doch lächerlich, wenn der Senat bei einem 5,5 Mrd.-Etat mit 41 Mio. nicht fertig wird¹⁴.

Nun aber haben die Herren Dahlgrün¹⁵, Mende und Hoppe¹⁶ in der vorigen Woche dem gesamtdeutschen Ausschuß und gestern dem Haushaltsausschuß 90 Mio. vorgeschlagen. Jetzt hat Herr Dahlgrün die 90 Mio.; sie sind gestern mit Mehrheit von der

12 Der Transitverkehr durch die damalige SBZ wurde durch das „Viermächte-Abkommen von New York vom 4. Mai 1949 und von Paris vom 20. Juni 1949 über das Ende der Berlin-Blockade“ geregelt. Druck: SIEGLER 1 S. 80–82.

13 „Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland“, BGBl 1955 II S. 253–255.

14 Vgl. „Der Kurier“ vom 19. Dezember 1965 „Berliner Defizit-Etat verabschiedet“; UiD Nr. 4 vom 27. Januar 1966 S. 2 „Agitation gegen Bonn? Unklare politische Linie des Berliner Senats erneut mißbilligt“. Vgl. auch den Brief Amrehns an Westrick vom 29. Dezember 1965 zu dieser Problematik (ACDP 01–295–017/2).

15 Rolf Dahlgrün (1908–1969), Jurist; 1953–1957 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (FDP), 1957–1969 MdB, 1962–1966 Bundesminister der Finanzen. Vgl. KEMPF/MERZ S. 194–198.

16 Hans-Günter Hoppe (1922–2000), Jurist; 1952–1958 und 1963–1973 Mda Berlin (FDP), 1972–1990 MdB.

SPD und der FDP beschlossen worden, wobei die eine Hälfte unserer Abgeordneten mitgemacht hat, die andere Hälfte nicht.¹⁷ Das ist z. B. eine Situation, die für uns unmöglich ist. Wir vertreten die Bundesregierung und sagen: Ihr müßt es irgendwie anders hereinholen, – aber jetzt kommen die Herren Dahlgrün, Mende und Hoppe und sagen, wir haben die 90 Mio. besorgt, und zwar mit der Stimme des Finanzministers, der im Januar geraten hat, die 40 Mio. nicht zu genehmigen. Eine solche Methode macht uns die Arbeit außerordentlich schwierig. (*Beifall.*)

Dufhues: Herr Bundeskanzler! Ich bin Ihnen sehr dankbar für das, was Sie über unser Anliegen zum Wahlkampf gesagt haben. Ich habe in der Tat den Eindruck, daß sich in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus ein allzu starker Pessimismus verbreitet hat über die Chance, diese auch für die Bundesregierung wichtige Wahl zu gewinnen. Ich kenne die Meinungsumfragen und das Gutachten von Professor Wildenmann.¹⁸ Gewisse Parallelen sowohl zur Bundestagswahl wie auch zur Wahl an der Saar sind absolut berechtigt. Ich sehe eine gute Chance, daß die CDU als stärkste Partei aus der Wahl hervorgeht.

Nun wird es notwendig sein, daß jedenfalls in der Anlage der Bundespolitik, soweit sie wichtige Probleme der Industrie und der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen berührt, entscheidende Ansätze gemacht werden. Wir werden mit dem Kohlenproblem aufgrund der Beschlüsse, die durch Ihr maßgebendes Mitwirken gefaßt worden sind, fertig werden, soweit dies überhaupt menschenmöglich ist.¹⁹ Es ist nicht leicht, bei großen Kohlenhalden eine optimistische Stimmung zu erzeugen, aber das, was wirtschaftlich und sozial geschehen konnte, ist geschehen. Mehr wird man billigerweise von einem Parlament, das ja nicht nur aus Nordrhein-Westfalen besteht, nicht erwarten können.

Was aber störend ist, ist die Haltung einiger Industrieller in Nordrhein-Westfalen. Ich erinnere an die Rede, die der Vorsitzende des Vorstands der Thyssen-Werke und Vorsitzende der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl bei der Hauptversammlung dieser Gesellschaft gehalten hat²⁰, wobei er schlicht und einfach – die Schlagzeilen der Presse waren entsprechend – erklärt hat: Wenn diese oder jene Wünsche nicht erfüllt werden, wandern wir mit unseren Betrieben aus. Das muß natürlich eine Welle von Pessimismus verbreiten. Das müßte aufgefangen werden.

17 Vgl. Sten.Ber. 5. WP 39. Sitzung vom 5. Mai 1966 S. 1735–1751.

18 Untersuchung des DIVO-Instituts vom März 1966: 49% SPD, 42% CDU, 7% FDP – zit. nach einem Interview mit Professor Wildenmann im „Mannheimer Morgen“ vom 23. Juli 1966.

19 Landes- und Bundesregierung brachten mehrere Beschlüsse auf den Weg: Im März 1966 richtete die Landesregierung einen Sozialfonds ein, der zunächst mit 100 Mio. DM ausgestattet wurde (882. Kabinettsitzung vom 8. März 1966, TOP I, 5b, in: NWHStA NW 30 P-882, zit. nach MARX S. 338); zahlreiche weitere umfassende Maßnahmen beschloss Bundestag und Bundesregierung infolge der „Kohledebatte“ am 16. März 1966, vgl. Sten.Ber. 5. WP. 30. Sitzung S. 1326–1328.

20 Hans-Günther Sohl (1906–1989), Industriemanager; 1953–1973 Vorstandsvorsitzender des Thyssen-Konzerns, 1956–1969 Vorsitzender der Wirtschaftsvereinigung Eisen und Stahl. Memoiren: Notizen. Düsseldorf 1983. – Vgl. FAZ vom 16. April 1966 „Sohl: 1966 wird das sorgenreichste Stahljahr“.

Es wäre vielleicht gar nicht schlecht, wenn Sie die verantwortlichen Herren von Eisen und Stahl gelegentlich empfangen oder andere Wege suchen würden, um solchen Sachen vorzubeugen, damit eine Diskussion erst gar nicht zustande kommt. (Erhard: Ich habe diese Gespräche schon anberaunt!²¹) Ich bin Ihnen sehr dankbar dafür.

Wenn ich eine weitere Bitte äußern darf zu einer Sache, die die gesamte deutsche Wirtschaft angeht, aber naturgemäß in hohem Maße die investitionsbedürftige Industrie im Lande Nordrhein-Westfalen betrifft, dann ist es die Situation des Kapitalmarktes. Die Schlagzeile der „Zeit“: „Der deutsche Kapitalmarkt zusammengebrochen!“²² – gibt die Auffassung gewichtiger Kreise in den deutschen Banken und in der deutschen Wirtschaft wieder. Hier gibt es gewisse Fehlerquellen, die zumindest gestoppt werden könnten. Es gibt auch großzügigere Maßnahmen, die Sie besser beurteilen können, als ich es vermag.

Wenn ich daran denke, daß die deutschen Gemeinden in einem ungewöhnlichen Maße Milliardenbeträge insgesamt investieren für Bauvorhaben, Einrichtungen usw., die bei Gott auch noch von der nächsten Generation frühzeitig gebaut werden könnten, wenn ich weiter darauf hinweise, daß die Stadtkämmerer der großen Gemeinden völlig zinsunempfindlich über die Sparkassen und andere Einrichtungen den Kapitalmarkt abschöpfen, während die Industrie nicht mehr in der Lage ist, die notwendigen Mittel zu erhalten²³, dann zeigt sich doch hier eine Entwicklung, die in der Tat mit den Mitteln der Politik aufgefangen werden kann, der wir unsere besondere Aufmerksamkeit widmen sollten.

Ich habe vor wenigen Tagen mit einem uns politisch sehr nahestehenden und sehr verantwortlich denkenden Industriellen gesprochen, der mir für den Herbst dieses Jahres eine Katastrophe voraussagte. Ich teile diesen Pessimismus nicht, dazu habe ich auch keinen Anlaß, aber die Situation des Kapitalmarktes – des Marktes der Märkte –, der viel empfindlicher ist als jeder Einzelmarkt, als jeder Stahlmarkt, als jeder Kohlenmarkt, als jeder Markt der Konsumindustrie, muß in Ordnung kommen, wenn wir aus der sehr lähmenden Haltung herauskommen wollen, die sich zunehmend in breiten Schichten der Bevölkerung ausbreitet.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie uns die Unterstützung gewährten, die Sie für Nordrhein-Westfalen zugesagt haben. Ich hoffe, daß sie das reichhaltige Programm, das Ihnen persönlich zugemutet wird, ebenso wie die übrigen Kollegen des Vorstands, ak-

21 Eingeladen zum Abendessen am 16. Mai 1966 im Wohnhaus des Bundeskanzlers waren Abs, Berg, Hansen, Henle, Lohse, Lotz, Rodenstock, Sohl, Söhngen (Absage), Stein, Timm, Wagner, Winnacker, Wolff von Amerongen, Schmücker, Westrick, Blessing, vgl. ACDP 01–554–001/2.

22 „Zeit“ vom 6. Mai 1966 „Wer rettet die D-Mark? Der Zusammenbruch des Kapitalmarktes ist ein neues Alarmzeichen“.

23 Das erwähnte Problem wird ausführlich im Jahresgutachten des Sachverständigenrats untersucht, vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Hg.): Stabilisierung ohne Stagnation. Jahresgutachten 1965/66. Stuttgart/Mainz 1965 Schaubild 29 S. 86. Der Diskontsatz wurde am 27. Mai 1966 von 4 auf 5% angehoben, vgl. STATISTISCHES JAHRBUCH 1966 S. 113*.

zeptieren werden. Es ist in der Tat der letzte Einsatz notwendig, um die Wahlen zu gewinnen.

Erhard: Ich hatte für gestern ganz spontan die Träger des Kapitalmarktes, die Banken, die Versicherungen, die Realkreditinstitute usw., zu mir eingeladen.²⁴ Ich habe mich drei Stunden lang mit ihnen unterhalten und dann noch mit einigen Herren gegessen. Dabei wurde das Problem ganz deutlich auf den Tisch gelegt. Es ist tatsächlich hier eine Verwilderung eingetreten, die ich nicht mehr übersehe.

Ich kenne Kommunen, ich kenne große Städte, die haben Aktionen und Investitionen unternommen für die nächsten Jahre, die insgesamt 600, 700 und 800 Mio. kosten, ohne daß sie auch nur die geringste Zusage machen können, wie das finanziert werden soll. Heute wird das so gemacht, daß man sagt: Wir fangen an, und wenn wir angefangen haben, dann möchten wir mal den sehen, der es wagt, die Fortsetzung dieses Programms zu unterbinden. So werden auch Siedlungen usw. heute gebaut.

Mit der Zinsunempfindlichkeit haben Sie völlig Recht. Die neuralgische Stelle liegt bei den Kommunen. Die Sparkassendirektoren sind nicht geborene Helden oder Märtyrer, aber sie werden bestellt und immer wieder bestellt von den Oberen der Städte, und deshalb sind sie natürlich willfährig. Das muß man ganz deutlich sehen. Hier ist eine Einflußnahme von unserer Seite nicht gegeben.

Wir müssen jede Emission anmelden. Wir tun es auch immer. Wir unterhalten uns im rechten Zeitpunkt über die Bedingungen mit der Bundesbank. Die Länder sind auch dazu gehalten, aber sie liegen schon an einer etwas gelockerten Leine und üben ihre Aufsichtspflicht gegenüber den Kommunen sehr wohlwollend aus, aber die Kommunen sind von der Bundesbank oder von den Stellen, die Geld und Kredite besorgen, völlig unabhängig.

Nun liegt das Finanzgutachten vor,²⁵ mit dem man sich wird auseinander setzen müssen. Es wird keine leichte Aufgabe sein. Dabei wird auch die Frage des Bund-Länder-Verhältnisses eine große Rolle spielen. Herr Adorno hat es liebenswürdigerweise in die Hand genommen, auf der Ebene der CDU die ganzen Fragen, die da zu ordnen sind, wie der Anteil des Bundes an der Einkommen- und Körperschaftssteuer und noch vieles andere mehr, zu bearbeiten. Es geht darum, die ganze deutsche Finanzwirtschaft, die ganze Haushaltsmasse mehr und mehr als eine Einheit zu begreifen. Da ließe sich vieles rationalisieren. Ich glaube, wir hatten gestern eine sehr gute Sitzung. Ich habe heute die Meldung bekommen, daß gestern eine feste Vereinbarung getroffen worden ist, der

24 Teilnehmer am Kapitalmarktgespräch am 5. Mai 1966 im Bundeskanzleramt waren Staatssekretär Langer, Ministerialdirigent Kleiner, Katzer, Staatssekretär Kattenstroth, Dr. Benning, Dr. Irmeler (Mitglieder des Bundesbank-Direktoriums), Dr. Müller (Vorstandsmitglied Rheinische Girozentrale Düsseldorf), Dr. Lubowski (Präsident Deutsche Pfandbriefanstalt), Dr. Kärcher (Vorstandsmitglied Bayerische Hypotheken-Bank), Dr. Gerd Müller (Generaldirektor Allianz-Lebensversicherung), Abs (Deutsche Bank), Matthiensen (Aufsichtsratsvorsitzender Dresdner Bank), vgl. ACDP 01-554-001/2.

25 Gemeint ist wohl der „Finanzbericht“ von 1965, vgl. MÖLLER S. 9.

alle zugestimmt haben, daß bis Ende Juni zunächst einmal ein absoluter Emissionsstopp eintritt. (*Dufhues*: Auch für die Sparkassen?) Auch!

Es ist so, daß auch die Versicherungen gesagt haben: Mit Ausnahme der schon gegebenen Zusagen wollen wir keine Schuldscheindarlehen mehr geben.

Ich kann nur sagen, wir haben geradezu ein Bild der Tugend gegeben. Wir haben den Haushalt gegenüber dem Ist des Vorjahres um 5 % erhöht. Wir sind sogar unter die Empfehlung des Sachverständigenrates gegangen.²⁶ Im Fraktionsvorstand ist darüber gesprochen worden, den Haushaltsansatz noch etwas herunterzudrücken. Bei den Ländern ist dagegen eine Ausweitung der Haushalte um 10 % heute schon gegeben. Bei den Kommunen kann man es überhaupt nicht sagen. Dort herrscht in der Tat Wildwest!

Aber es sieht jetzt doch so aus, als ob man der Sache näher käme. Eine grundsätzliche Bereinigung, die genügend Sicherheit böte, um jedwede Lage auf dem Kapitalmarkt voll beherrschen zu können, würde eine Änderung des Grundgesetzes notwendig machen, wie sie auch im Sachverständigengutachten vorgesehen ist.²⁷ Es kann sein, daß wir nicht darum herumkommen, um die Dinge so in den Griff zu bekommen. Aber das wäre eines der größten Übel.

Ich darf noch ganz kurz sagen, ich war am Mittwochnachmittag mit einem Flugzeug zu einer Stippvisite in Hannover, weil die Meldungen in der Presse ein düsteres und zwielichtiges Bild gegeben hatten.²⁸ Es ist alles so pessimistisch geschildert worden, es wäre keine richtige Neigung zum Kauf vorhanden, es fehlten die Auftragseingänge usw. Ich habe es nicht geglaubt. Nun, von Messen und Messeklima verstehe ich etwas, und ich habe mir gesagt, dahin gehe ich mal und schaue mich um. Ich habe dann auch mit allen Leuten gesprochen, nicht bloß mit den Großkopfetern von Eisen und Stahl, sondern auch von der mittleren und kleineren Industrie. Ich habe eine längere Diskussion gehabt. Dabei stellte sich heraus, sie sind alle mehr oder minder differenziert, aber alle sagen, es ist eine sehr gute Messe gewesen. Wir sind zufrieden mit dem Auftragsengang und dem Verkauf.

Aber die Herren Verbandsgeschäftsführer machen bewußt in Pessimismus. Sie beeinflussen die Presse, nur alles Negative zu sagen, was man dann noch übersteigert in den Zeitungen lesen kann. Dahinter steckt nach meiner Überzeugung der völlige Irrtum, daß man, wenn man die Situation möglichst schlecht darstellt, ein Alibi habe, um mit immer neuen Forderungen die öffentliche Hand unter Druck zu setzen und zu erpressen.

Und diese Methode ist das schlechteste, was der Markt kennt. Ich habe es ihnen ganz deutlich erklärt: So hören wir euch nicht mehr an, und so nehmen wir euch nicht mehr

26 16./17. Februar 1966 Debatte im Bundestag über das Jahresgutachten des Sachverständigenrates, vgl. Sten.Ber. 5. WP 21. Sitzung am 16. Februar 1966 S. 847–893 und 22. Sitzung am 17. Februar 1966 S. 917–979.

27 Vgl. Stabilisierung ohne Stagnation. Jahresgutachten 1965/66 Abschnitt 155 und 184.

28 Besuch auf der Hannover-Messe, vgl. FAZ vom 27. April 1966 „In Hannover steht das Barometer auf Zuversicht“; „Welt“ vom 30. April 1966 „Außer Tritt“ und „Firmen warnen in Hannover vor Steuerung der Investitionen“.

ernst. Wenn ihr eure Lage so schildert, wie sie tatsächlich ist, gut, dann kann man darüber sprechen, aber wenn man die Absicht so deutlich merkt, wie es hier der Fall war, dann ist es aus. Dann bin ich nicht mehr bereit, darüber zu sprechen. – Ich glaube, es hat auch etwas wohltuend gewirkt.

Aber wir müssen mit dieser Mentalität und dieser Stimmung, die sich im Augenblick in Deutschland verbreitet, rechnen, insbesondere im Hinblick auf die politischen Ereignisse und die Entscheidungen, die jetzt bevorstehen. (*Burgbacher*: Sind wir an dieser Stimmung ganz unschuldig?)

Adorno: Vor zwei Tagen hat Herr Schoettle²⁹ von der SPD in seiner Etatrede in Baden-Württemberg gesagt, daß das Parlament gezwungen sei, die Zuweisungen an die Gemeinden von 25 auf 21,5% zu reduzieren. Das wirkt sich verheerend auf die Gemeinden aus. Er hat vergessen hinzuzufügen, daß z. B. in Reutlingen ein Rathaus eingeweiht worden ist, das die runde Summe von 28 Mio. gekostet hat.

Herr Bundeskanzler! Ich muß dazu sagen, ich glaube, in der Öffentlichkeit nimmt uns den Hinweis auf die Kommunen niemand ab. Ich weiß nicht, ob es stimmt, aber ich habe in der Zeitung gelesen, daß der Kaufkraftschwund heute 4,5% betrage.³⁰ Das wäre natürlich sehr hoch. (*Erhard*: 4,2% gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres!) Immerhin wird bei den Beratungen in 14 Tagen zum Haushalt 1966 von den Sozialdemokraten in ganz erheblichen Maße die Trommel gerührt. Es müßte uns gerade im Hinblick auf die Wahlen in Nordrhein-Westfalen gelingen, die Bevölkerung davon zu überzeugen, daß endlich diesen Preissteigerungen ein Ende gesetzt wird.

Wenn uns das gelingt, so ist das einer der wesentlichsten Gesichtspunkte für den Erfolg dieser Wahl. Wenn es uns nicht gelingt, wird es uns sehr schwer sein, bei dieser Wahl die Mehrheit zu erringen.

Der Hinweis auf die Kommunen und auch auf die Länder wird uns wenig nützen, obwohl es so ist, insbesondere bei den Kommunen; denn die Bevölkerung schimpft in erster Linie auf die Bundesregierung und über das Bundeskabinett. Leider Gottes ist es so. Und das müssen wir in unsere Überlegungen mit einbeziehen.

Erhard: Ich möchte Ihnen nicht das Gruseln beibringen, denn das wäre ja das Gegenteil von dem, was ich vorhin gesagt habe, aber wenn Sie bedenken, daß wir für den Tourismus im Saldo jährlich 3 Mrd. DM abfließen lassen, daß die Transferierungen von Gastarbeitern 2 Mrd. DM betragen, daß die Wiedergutmachungsleistungen 2 Mrd. DM ausmachen – ich könnte noch einige Posten hinzufügen –, dann ist es ganz klar, daß wir

29 Erwin Schoettle (1899–1976), Verleger; 1919 SPD, 1933–1946 Exil, 1947–1949 MdWR, 1947–1962 Vorsitzender der SPD Nordwürttemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg, 1948–1968 Mitglied des Parteivorstands, 1949–1972 MdB. – Schoettle äußerte sich am 4. Mai 1966 während der ersten Beratung des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs eines „Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich unter den Ländern von Rechnungsjahr 1965 an (Länderfinanzausgleichsgesetz 1965)“ zu den Auswirkungen für Baden-Württemberg, wodurch das Land „als Ausweg aus der Finanzmisere den Finanzausgleich von 26% auf 22,5% gekürzt“ habe, vgl. Sten.Ber. 5. WP 38. Sitzung S. 1716f.

30 Die Inflation stieg von 1964 auf 1965 von 129,9 auf 133,9 (1966 auf 139,6) Punkte bei 1954=100 Punkte, vgl. STATISTISCHES JAHRBUCH 1969 S. 510.

uns das überhaupt nur leisten können, wenn wir in unserer Wirtschaft die Kraft entwickeln, um einen kräftigen Überschuß in unserer Handelsbilanz zu erarbeiten. Wie war das Verhältnis im Jahre 1965 in der Handelsbilanz? (*Burgbacher*: Minus 7 Mrd.!) Gegenüber dem Vorjahr! Das können wir uns nicht leisten. Wenn es uns nicht gelingt, die Wettbewerbskraft unserer Wirtschaft mit allen Mitteln aufrechtzuerhalten, dann können wir uns dieses eben einfach nicht mehr leisten. Dann geht mehr und mehr immer ein Stück von der Freiheit verloren! (*Unruhe und Bewegung*.) Dabei sind die Gewinne rückläufig. Die Ausrüstungsinvestitionen haben im vorigen Jahr 12,3% ausgemacht; man schätzt in diesem Jahr 5%. Die Gewinne sind im Jahre 1965 um 20% gesunken gegenüber dem Vorjahr. Sie werden in diesem Jahr noch einmal sinken. Unsere Handelsbilanz wird vielleicht etwas besser werden als im Vorjahr, aber so glänzend wird sie nicht sein. Die optimistischsten Schätzungen liegen bei 3 Mrd. Überschuß. Das ist absolut unzureichend. Wir müssen unbedingt 7 bis 8 Mrd. haben!

Die Bruttolöhne und Gehälter waren im Jahre 1965 gegenüber dem Vorjahr um 9 % gestiegen bei einem realen Bruttosozialproduktzuwachs der Erwerbstätigen um 3,8 %. Im Jahre 1966 sind die Dinge auch schon wieder auf die falsche Bahn gekommen, nicht zuletzt wegen des Sachverständigengutachtens, das geglaubt hat, man müsse neben dem laufenden Zuwachs des Sozialprodukts noch 2 % für den Inflationskoeffizienten einführen.

Wir werden in diesem Jahr, soweit man die Dinge voraussehen kann, einen Zuwachs bei den Löhnen und Gehältern je Beschäftigten um 7,5 % zu verzeichnen haben bei einem Zuwachs des Sozialprodukts von 3,5 %.

Burgbacher: Meine Damen und Herren! Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich hier etwas Abweichendes äußere. (*Kohl*: Warum müssen Sie sich da entschuldigen?) Weil ich damit nicht in der Strömung bin. Wenn z. B. auf dem Reinigungssektor im Jahre 1950 ein Schrubber und ein Putzlappen standen und heute dafür ein Mop oder ein Staubsauger stehen, oder wenn beim Urlaub im Jahre 1950 eine Reise in die Eifel vorgesehen war und heute aber ein Flug nach Mallorca, dann kann man das doch nicht vergleichen. Dann ist doch diese Zahl eine völlig ungeeignete Bemessungsgrundlage. Aber wir haben keine andere. Ich will nichts gegen sie sagen. (*Erhard*: Aber wir haben eine internationale Vergleichsbasis!) Ja, aber wir lassen uns damit in das Mauselloch jagen. (*Erhard*: Ich meine, unsere Handelsbilanz spiegelt es wider. Da brauchen Sie gar nicht diesen Index.)

Das ist wieder etwas anderes. Ich bin der Meinung, das Ideal einer Zahlungsbilanz müßte sein: plus minus null. Ich halte die Kreditrestriktionen unseres Freundes Blessing³¹ – den ich sehr hoch achte – für überzogen. Ich kann auch nicht verstehen, wenn Sie eben kritisch gesagt haben, die Sparkassen wären weich. Die können doch nur geben, was sie haben. (*Zuruf*: Allerdings!) Die können doch keine Kreditschöpfung ma-

31 Dr. Karl Blessing (1900–1971), 1958–1969 Präsident der Deutschen Bundesbank. – Vgl. „Bonner Rundschau“ vom 1. September 1965 „Inflationistische Gefahren“; dpa vom 6. Oktober 1965 „Straffe Kreditpolitik muß fortgesetzt werden“; dpa vom 15. Oktober 1965 „Preis- und Kostenniveau darf nicht weiter erhöht werden“.

chen. Und warum sollen denn die Sparkassen, wenn sie die Einlagen haben – selbstverständlich im Rahmen einer gesunden Wirtschaft –, nicht den Kommunen Kredit geben. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.* – *Zuruf:* Weil die Kommunen so verschuldet sind!) Die Infrastruktur können wir auch nicht entbehren. Ohne Infrastruktur können wir nicht leben. (*Anhaltende Unruhe und Bewegung.*)

Erhard: Sie werden doch nicht bestreiten wollen, daß wir alle überkandidelt sind. Ich will gar nicht den Eindruck erwecken, als ob ich das nur einseitig betrachtete. Wenn z. B. die Automobilindustrie sagt: Bei 4 % Lohnsteuer können wir die Preise stabil halten. Das liegt noch drin. Bei 6 % müssen wir die Preise um 3 % erhöhen, – so geht diese Rechnung einfach nicht auf.

Kohl: Herr Bundesvorsitzender! Ich möchte beantragen, daß wir eine solche Diskussion als ersten Punkt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung setzen, insbesondere auch einmal die Gesamtbetrachtung des Verhältnisses Bund-Länder-Gemeinden. Sicherlich würde ich einiges von dem, was gesagt worden ist, unterstreichen, aber ich wehre mich dagegen, das alles einem allein aufzubürden. Ich komme aus einem Land, das zu den finanzschwachen Ländern gehört. Wir stehen vor folgender Situation in Rheinland-Pfalz: Wir haben einen Haushalt von 3,5 Mrd. DM. Eine Zuwachsrate haben wir nicht. Wir sind innerhalb der Empfehlung geblieben, und heute sind wir in der Praxis die Betrogenen. So wirkt sich das aus. Und so machen wir das seit Jahren.

Wir haben bestimmte Probleme und Angelegenheiten, die wir einfach nicht hinauschieben können. Wir haben z. B. eine Zuwachsrate von Kindern in unseren Schulen von Ostern zu Ostern, die einfach da ist. Nun können wir zwar sagen, wir machen Schichtunterricht – das vertrete ich auch öffentlich –, aber wir müssen trotzdem eine Fülle von Dingen im schulischen Bereich tun. Dieses kleine Land hat also alles Geld zusammengekratzt. Wir haben über 60 Mio. im Etat gestrichen, so daß wir in diesem Jahr für 120 Mio. Schulen bauen können.

Das ist kein Luxus, sondern einfach notwendig aufgrund der Entwicklung. Wir haben in der Gesamtentwicklung einen so großen Nachholbedarf, den wir nicht zu vertreten haben, sondern der in den letzten hundert Jahren gewachsen ist. Einige Bundesländer waren von der Natur her nach dem Zweiten Weltkrieg bei der Neubelebung des politischen Lebens günstiger dran als wir. Ich denke an Hessen, Baden-Württemberg; in Nordrhein-Westfalen sitzt man nicht mehr so auf dem hohen Roß. Vor ein paar Jahren hat man es noch anders gehört. Diese Länder konnten sich also bereits Dinge erlauben, die fortgeschritten sind, während wir mit der elementaren Grundausstattung noch nicht fertig waren.

Wenn wir überhaupt eine Chance haben wollen in unserem Raum in der EWG, dann müssen wir versuchen, in einigen Punkten den Anschluß zu gewinnen. Stichwort: Infrastruktur, denn sonst läuft uns die Entwicklung wieder davon. Wir hatten bei uns auch die französische Besatzungsmacht mit all den Konsequenzen und vieles andere mehr. Man muß also das Gesamtpaket auf den Tisch legen, auch bei den Gemeinden.

Ich bin im Stadtrat von Ludwigshafen Fraktionsvorsitzender und kann nur sagen, daß für bundesrepublikanische Verhältnisse Ludwigshafen eine relativ reiche Stadt ist,

aber wir haben bei einem Gesamthaushalt von etwa 200 Mio. einen Investitionsbedarf von 800 Mio. für die nächsten Jahre. Da sind Sachen dabei, die z. T. durch Bundesgesetze einbegriffen und verursacht sind. Denken Sie an das Reinhaltungsgesetz, das Wasserhaushaltsgesetz zur Reinigung der Wasserstraßen. Das Gesetz ist völlig in Ordnung, aber es hat uns viele Termine gesetzt, die wir jetzt einhalten und vollziehen müssen. Eine solche Kläranlage kostet für unsere Stadt 40 Mio. DM, um nur ein Beispiel zu nennen.

Man muß das also nach allen Seiten hin betrachten. Ich bin der Meinung, daß wir bei diesem Gespräch unser Augenmerk auch auf die Situation in den Kommunen lenken sollten. Ich stimme Ihnen hundertprozentig zu, daß heute überall über die Verhältnisse gelebt wird, daß sich auch die Gemeinden und ihre Repräsentanten gern etwas zugute tun. Es gibt schon haarsträubende Sachen nicht nur beim Bau von Rathäusern, sondern auch sonst. Das sehen Sie, wenn Sie durch das Land fahren.

Für mich ist am haarsträubendsten, daß unsere Leute hier mitmachen, weil wir uns in diesen 20 Jahren CDU so auseinandergeliebt haben, daß jeder an seine Schublade denkt. Da gibt es zunächst Bundespolitiker. Damit trete ich niemandem zu nahe. Ich kenne eine Menge Kollegen aus dem Bundestag, die hochachtbare Kollegen sind, die wirklich etwas können, die aber in ihrem engen Heimatbereich kaum eine Ahnung über die kommunalen Probleme haben. Dann gibt es den Landespolitiker, bei dem ist es genauso. Dann gibt es den Kommunalpolitiker. Der Bürger ist viel natürlicher und sagt: die CDU. Und die CDU mißt man in Bund, Ländern und Gemeinden.

Wir haben bei den letzten Kommunalwahlen sicherlich deshalb viel verloren, weil der Bund zuerst die Telefongebühren erhöht und dann am Freitag vor der Kommunalwahl wieder gesenkt hat.³² Das war bei uns nicht gerade ein überzeugendes Beispiel von Führungskraft. (*Erhard*: Es hat aber auch gut gewirkt!) Sicher, anderswo auch! Ich will nur sagen, der Bürger reagiert viel natürlicher als wir in unseren Besprechungen. Ich fürchte – es ist nicht ein einziger Ministerpräsident im Augenblick hier –, wenn wir es wieder so machen wie bei der letzten Runde mit den Prozentsätzen und Anteilen, schaden wir uns furchtbar. Ich habe mich in meinem Bereich immer widersetzt, wenn man gesagt hat: Im Bereich der Ministerpräsidenten soll ein duodez-fürstliches Denken neuerer Prägung sein. Auch hierüber muß natürlich die Partei reden. Ich bin dafür, daß wir über diese Fragen einmal im Bundesvorstand diskutieren. Wir sollten unsere Freunde in den hohen staatlichen Ämtern mit an diesen Tisch nehmen und dann vernünftig mit ihnen die Sache besprechen. Es ist nicht nur ein fiskalisches, sondern auch ein elementar politisches Problem.

In eine solche Besprechung gehören natürlich die Probleme der kommunalen Politik mit hinein. Man muß das als ein Ganzes sehen. Man muß versuchen, jedem seinen ihm zukommenden Teil zu geben. Wir müssen aus dem Schubladen-Denken, das bei uns sehr eingerissen ist und dazu führt, daß bei kulturpolitischen Fragen nur der Kulturpolitiker reagiert, obwohl es eine Auswirkung auf das Ganze hat – bei den Kommunalpoli-

32 Vgl. HILDEBRAND S. 128–130.

tikern gilt das gleiche – herauskommen. Das ist eigentlich die Führungsaufgabe des Bundesvorstands nach der Satzung. Und die sollten wir unter allen Umständen wahren.

Burgbacher: Ist bei der Aussprache gestern, Herr Bundeskanzler, auch darüber gesprochen worden, wie man der Situation auf dem Kapitalmarkt gerecht werden kann?

Erhard: Natürlich ist darüber gesprochen worden. Wenn ich heute die Kreditrestriktionen aufhebe, wenn ich die Schraube lockerlasse, dann kommt mehr Geld in die Wirtschaft hinein. Es liegt aber nicht an den Rentenpapieren, denn die Banken sind doch, weil sie die Wirtschaft bedienen mußten mit den notwendigen Krediten, aus dem Rentenmarkt völlig ausgestiegen. (*Burgbacher:* Wegen der Blessingschen Politik mußten sie aussteigen!) Aber wenn Sie heute zuviel Flüssigkeit in die Wirtschaft hineingeben, so treibt das bei unserem Expansionsstreben und bei unserem Arbeitsmarkt die Löhne und die Preise in die Höhe. Wenn die Löhne und die Preise in die Höhe gehen, dann schädigen Sie damit das Vertrauen in den Kapitalmarkt und in die Rentenpapiere. Das hängt doch alles unmittelbar zusammen. Es gäbe aber einen Weg, um aus dieser Sache herauszukommen: mehr arbeiten!

Dufhues: Wir standen in Nordrhein-Westfalen vor schwierigen Tarifverhandlungen. Die Verhandlungen sind gescheitert. Nun lautet die Frage, wird sich der Bund einschalten, oder soll sich das Land einschalten?

Erhard: Ich bin dagegen, daß sich Bund und Land einschalten, denn dann tragen diese die ganze Verantwortung.

Dittmar: Es ist notwendig, daß hier auch einmal gesagt wird, daß einiges auch die Folgen unserer EWG-Regelung sind. Das ist es, was die Hausfrauen spüren und ihren Männern sagen. Und das spielt nun einmal bei den Arbeiter- und Angestelltenhaushalten eine erhebliche Rolle. In der Gemeinde krankt alles wesentlich daran, daß der Bürger sieht, wie das Geld ausgegeben wird, er merkt aber nicht, wie das Geld ihm abgenommen wird; wir haben ja nur die indirekten Gemeindesteuern.

Erhard: Ich begrüße die Anregung von Herrn Kohl. Hier muß die Partei in der Tat zusammenstehen. Wir kommen sonst in große Schwierigkeiten. Und da hilft nur die größte Einigkeit. Wir werden darüber sprechen, wenn wir diesen längerfristigen Finanzplan vorlegen. Wir kommen gar nicht umhin, gewisse Rangordnungen zu setzen. Und das hat natürlich Konsequenzen. Wir werden damit nicht alle beglücken; trotzdem hoffe ich, daß wir das Vertrauen gewinnen im deutschen Volk, wenn wir deutlich machen, wir nehmen die Dinge jetzt fester in den Griff. Es geht nicht darum, daß wir Kritik üben, daß wir einem Teil die Dornenkrone auf den Kopf drücken, nein, wir müssen uns nur der Problematik bewußt sein. Es kann eben ein Volk nicht mehr ausgeben – für welche Zwecke auch immer –, als es selbst erarbeitet. Darüber hilft nichts hinweg! Darüber gibt's nichts! (*Kohl:* Dazu gehören auch die Wahlgeschenke!) Wir müssen das Ganze sehen. (*Heck:* Auch die Kohle!) Die 4,2 % setzen sich sehr unterschiedlich zusammen. Rund 40 % davon fallen auf die erhöhten Preise der Ernährungsgüter, 20 % entfallen auf die Mietsteigerungen. Am stabilsten sind noch die industriellen Erzeugerpreise. Aber im Schnitt kommen diese 4,2 % heraus.

Amrehn: Heute in 14 Tagen soll in West-Berlin ein Parteitag der SED stattfinden, und zwar der SED-Organisation, die sich nach der Errichtung der Mauer verselbständigt hat.³³ Das war schon im März geplant. Die SED hatte Delegationen aus 22 Ländern eingeladen, um eine große internationale Schau aufzuziehen. Hiergegen wurden Bedenken geäußert vom Senat und natürlich auch von uns. Die Kommandantur hat dann diesen Parteitag verboten. Inzwischen hat es aber wieder Gespräche gegeben, an deren Ende eine Erklärung etwa des Inhalts stand, daß einige Delegationen kommen dürften. Durch Fühlungnahme der SED mit dem Senat hat sich jetzt ergeben, daß die SED einladen will oder schon eingeladen hat die Russen, die Franzosen, die Polen und Pankow.

Gestern hat Herr Bürgermeister Albertz³⁴ die Fraktionsvorsitzenden zu sich gebeten, um zu hören, wie wir dazu stehen. Ich habe die Auffassung vertreten, daß jede Form, in der die SED versucht, das westliche Berlin doch als dritten Staat darzustellen, der seinerseits internationale Delegationen einlädt, abgelehnt werden muß, daß wir uns aber nicht dagegen wehren könnten, wenn die Russen und die Franzosen kämen; denn sie gehören zu den Besatzungsmächten. Es besteht aber keine Notwendigkeit, daß Polen vertreten wird, zumal Polen Schwierigkeiten macht bei der Anerkennung der Berlin-Klausel.³⁵

Was ich für völlig unmöglich halte, das ist aber, daß Pankow dort durch eine eigene Delegation vertreten sein kann bei einer internationalen Tagung. Ich habe gemeint, man kann diese SED-Ost bei uns nicht zulassen, solange nicht auch andere nach Ost-Berlin gehen und dort frei reden können. Diese Auffassung ist gestern von dem Fraktionsvorsitzenden-Stellvertreter der SPD³⁶ in vollem Umfange geteilt worden. Er hat dem Bürgermeister Albertz die gleiche Erklärung abgegeben. Herr Albertz ist anscheinend etwas anderer Meinung.

Völlig anderer Meinung ist die FDP! Nun höre ich heute morgen – und deswegen trage ich die Sache hier vor –, daß Herr Bürgermeister Albertz die Angelegenheit der Bundesregierung unterbreitet hat, sie möge darüber entscheiden, wie er sich verhalten solle. Hier sollte die Bundesregierung sagen, daß es eine Entscheidung ist, die dem Se-

33 Die SEW hatte geplant, vom 25.–27. Februar 1966 einen Parteitag in West-Berlin durchzuführen. Dies war ihr am 21. Februar 1966 durch die Alliierte Kommandantur wegen Beteiligung ausländischer kommunistischer Parteien verboten worden, vgl. BULLETIN Nr. 25 vom 23. Februar 1966 S. 192. Der Parteitag der SEW fand am 21./22. Mai 1966 in Berlin-Neukölln statt. Vgl. Peter MÜLLER: Die Sozialistische Einheitspartei Westberlins, in: STÖSS S. 2241–2273; AAPD 1966 Nr. 126.

34 Heinrich Albertz (1915–1993), evangelischer Pfarrer; 1947–1955 MdL Niedersachsen (SPD), 1948–1955 Minister für Soziales in Niedersachsen, 1955–1959 Senatsdirektor beim Senator für Volksbildung in Berlin, 1959–1961 Senatsdirektor und Chef der Staatskanzlei, 1961–1963 Senator für Inneres, 1963–1966 Bürgermeister und Senator für Polizei, Sicherheit und Ordnung, 1966/67 Regierender Bürgermeister von Berlin. Vgl. Jacques SCHUSTER: Heinrich Albertz – der Mann, der mehrere Leben lebte. Berlin 1997.

35 Die „Berlin-Klausel“ konnte in den deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen, die am 10. Mai 1966 abgeschlossen wurden, gesichert werden. Vgl. AAPD 1966 S. 82, 669f., 676.

36 Stv. SPD-Fraktionsvorsitzende in der 4. Wahlperiode (1963–1967) im Abgeordnetenhaus waren Dr. Wolfgang Haus, Werner Jannicke und Dietrich Stobbe.

nat überlassen werden muß. Zum anderen aber zeichnet sich hier wieder ab, daß der Senat – anscheinend durch sein Gespräch schon etwas gebunden bei der SED – einen Standpunkt überspielen will mit der Rückendeckung der Bundesregierung, so daß uns nachher gesagt werden kann: Ihr wart dagegen, aber die Bundesregierung war dafür.

Ich finde, daß auch hier etwas drinsteckt, was zumindest der Bundesvorstand wissen muß. Ich wäre also dankbar, wenn die Haltung, die wir eingenommen haben, auch beibehalten würde.

Heck: Meine Damen und Herren! Für den Rest der Sitzung sind wir leider gezwungen, uns ganz kurz zu fassen; denn wir sind gar nicht in der Lage, irgendwie abzustimmen, da vor Eintritt in die Tagesordnung die Beschlußfähigkeit – nach der Satzung – festgestellt werden muß.

Wir sind hier nur mit 19 Mitgliedern des Bundesvorstands, es müßten aber 32 sein, um Beschlüsse fassen und Wahlen durchführen zu können.

Bei dieser doch etwas heiklen Situation im Bereich der Kooptation halte ich es nicht für gut, einen Grund zur Anfechtung zu geben. Ich schlage deshalb vor, daß wir die Kooptation vertagen.

Stingl: Mein Problem kann auch nicht erledigt werden, weil es unter die gleichen Bestimmungen fällt. Ich mache darauf aufmerksam, daß der Sozialausschuß der Bundespartei als erster Ausschuß seine Beschlüsse dem Parteivorstand vorgelegt hat. Nun wäre es mißlich, wenn ich im Ausschuß erklären müßte: Der Parteivorstand hat zwar den Beschluß bekommen, aber nicht darüber beraten. Man kann dem Ausschuß nicht zumuten, daß er Dinge berät, aber dann der Parteivorstand nicht darüber spricht.

Ich bitte also dringend darum, daß in der nächsten Bundesvorstandssitzung die drei Vorlagen des Sozialausschusses³⁷, die 19. Novelle zum Lastenausgleichsgesetz, die Rentenversicherung der Selbständigen und das Selbstverwaltungsgesetz, beraten werden. Es soll auch darüber nachgedacht werden, daß die Landesvorsitzenden und die Vorsitzenden der Vereinigungen durch ihre gewählten Vertreter im Bundesvorstand vertreten werden können, sonst kann es passieren, wenn einmal ein Landesvorsitzender nicht kommen kann, daß der betreffende Landesverband nicht im Bundesvorstand vertreten ist.

Erhard: Wenn wir das einführen, dann werden wir eine bunte Reihe haben, und zu jeder Sitzung kommen andere.

Heck: Ich schlage vor, das dem Präsidium vorzulegen. (*Lebhafte Unruhe und Bewegung.*)

Barzel: Meine Damen und Herren! Ich muß weg zum Zahnarzt. Ich bitte um Entschuldigung.

Kohl: Was Herr Stingl hier vorgetragen hat, scheint mir nicht überzeugend zu sein. Wir haben auf dem Bundesparteitag die Satzung geändert. Dort ist dieser Änderung nicht widersprochen worden. Wir sollten versuchen, als Landesvorsitzende die Bundes-

37 Vorlagen des Sozialausschusses in ACDP 07-004-025/2.

vorstandssitzungen als das Wichtigste zu nehmen, zumal jetzt auch noch die Termine festgelegt sind.

Es ist natürlich eine sehr schwierige Situation, daß wir hier in der konstituierenden Sitzung des Bundesvorstands noch nicht einmal beschlußfähig sind. (*Zurufe*: Sehr wahr!) Das sagt eigentlich über das Ansehen des Bundesvorstands mehr aus, als jemand in einer zweistündigen Rede darzulegen vermag.

Nach meiner Meinung würde das aber in dem Augenblick automatisch geändert, wenn der Bundesvorstand wirklich das wird, was er nach der Satzung sein soll, nämlich ein Beschlußgremium, in dem über die Politik der Partei entschieden wird.

Ich bin mir ganz sicher, wenn wir auf die Tagesordnung der Bundesvorstandssitzung setzen „Bund-Länder-Verhältnis“, und zwar mit Erörterung der Prozentsätze der Anteile usw., dann haben wir sämtliche Ministerpräsidenten hier. (*Amrehn*: Die sind doch dagegen!) Wieso denn, Herr Amrehn, Sie waren doch einmal drin. Wenn Sie wieder drin sind, sehen Sie die Sache auch von einer anderen Seite an. (*Amrehn*: Aber, Herr Kohl, ich bin ja einverstanden. Ich sage nur, die Ministerpräsidenten sind dagegen, daß wir den Einheitsschlüssel so beschließen!) Sie wissen doch noch gar nicht, was wir beschließen! (*Heiterkeit und Unruhe*.) Sie unterstellen bereits jetzt einen Beschluß. Ich meine, wenn hier jetzt etwa „ernsthaft befürchtet“ wird, daß der Bundesvorstand politische Entscheidungen trifft, dann können Sie ganz sicher sein, daß sämtliche Mitglieder des Bundesvorstands da sein werden. Das ist die beste Möglichkeit, die Leute hierher zu bekommen.

Durch viele Jahre hindurch war die Praxis hier anders; denn er hat nur darüber beraten, was vielleicht vorher schon in der Zeitung gestanden hat. Dann kann man natürlich nicht ein großes Interesse für dieses Gremium erwarten. Ich meine, man braucht ja keine Beschlüsse zu fassen, aber man muß hier Politik treiben und Entscheidungen fällen. Dann werden wir in den Bundesvorstandssitzungen auch immer ein volles Haus haben. Und wenn dann jemand einmal nicht kommen kann, dann ist er in Gottes Namen halt nicht da, aber es sind doch alle Landesverbände – allerdings sehr unterschiedlich in der Dotierung – im Bundesvorstand durch Repräsentanten vertreten. Und wenn der Landesvorsitzende einmal fehlen sollte, dann wäre es doch möglich, daß ein Mitglied des Bundesvorstands, der als Minister hier sitzt, soviel Kollegialität aufweist, um ihn darüber zu informieren.

Erhard: Herr Kohl, das war auch mein Anliegen. Ich habe in meiner einleitenden Ansprache gesagt: Wir müssen dieses Gremium aktivieren. Es soll nicht so sein, daß dort nur Vorträge gehalten werden, und die Leute gehen dann nach Hause, sondern sie müssen mit sachlichen Fragen konfrontiert werden. (*Burgbacher*: Wir können ja eine Tagesordnung aufstellen! – *Kohl*: Wir können sie sogar einhalten! – *Heiterkeit und Unruhe*.) Das setzt natürlich voraus, daß dieser Kreis in sich geschlossen bleibt. Es müssen nämlich mehr oder minder die gleichen Leute in der Diskussion dabei sein.

Also, das ganze Gremium muß eine größere Straffung an den Tag legen. Die Probleme müssen zur sachlichen Diskussion gestellt werden. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Wir werden also für die nächste Bundesvorstandssitzung eine Tagesordnung aufstellen mit

Sachfragen usw. (*Heck*: Das war doch sonst immer der Fall! – *Zuruf*: Aber nicht eingehalten! – *Unruhe und Bewegung*.)

Kohl: Das war in der Form nicht immer der Fall. Es ist schon vor vier Sitzungen angeregt worden, über die deutsch-französische Angelegenheit zu sprechen. Dazu muß man erwarten, daß der Außenminister da ist und etwas dazu sagt, und zwar ganz konkret. (*Zuruf*: Sehr richtig!) Es muß weiter in diesem Kreis offen über die Finanzen gesprochen werden, ohne daß sofort Animositäten aufkommen. Es gehört doch zu einer demokratischen Partei, daß man diskutiert und die verschiedenen Standpunkte vorträgt. Man könnte noch eine ganze Reihe anderer Punkte miteinbeziehen. Ich möchte dabei auf die Wichtigkeit einer kommunalpolitischen Betrachtung hinweisen. Man muß heute davon ausgehen, daß die Hälfte der Bürger des Landes Nordrhein-Westfalen in Städten von über 100.000 Einwohnern wohnt. Auf diesem Sektor sind wir beinahe völlig in die Defensive gedrängt durch die SPD in den Rathäusern³⁸. Eine Partei kann sich auf die Dauer unter keinen Umständen erlauben, diesen wichtigen kommunalen Bereich abzuhängen und irgendwelchen Spezialkreisen zu überlassen.

Wenn Sie sehen, wie Bundes- und Landesgesetze über die Rathäuser verfälscht werden in der Praxis, gerade im sozialen Bereich, (*Zuruf*: Wohngeld!) – das ist ein klassisches Beispiel –, dann ist doch alles umsonst, wenn wir nicht hier eine bewußte Politik treiben, wozu auch etwas mehr Solidarität gehört. Das müßte unter christlichen Demokraten eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. Aber ich fürchte, wir haben aus Anlaß unseres zwanzigjährigen Jubiläums einen Punkt in der Gesamtpartei erreicht – auch darüber muß hier einmal ganz offen geredet werden –, daß die Solidarität so gering geworden ist, wie sie eigentlich zu keinem Zeitpunkt – das ist mein Eindruck – in diesen 20 Jahren gewesen ist.

Entweder wir versuchen gemeinsam, diese Dinge zu tun, oder aber die ganze Sache zerfließt uns unter der Hand. Es ist überall eine chronische Unlust – Sie können hinkommen, wohin sie wollen –, die in der Partei herrscht. Man muß sich einmal fragen, warum ist das so. Vielleicht ist es so, daß wir uns die Malaise selbst an den Leib reden, statt sie abzuwehren, aber nicht durch einen künstlichen Optimismus, sondern durch eine starke und entschiedene und energische Handlung, die aus einem Konzept hervorgeht, das vorher gemeinsam besprochen und verordnet wird.

Ich meine, das sollte hier der Bundesvorstand tun. Insofern ist vielleicht eine Sitzung, in der der Bundesvorstand nicht beschlußfähig ist, ganz gut geeignet, um solche Dinge einmal offen vorzutragen.

Erhard: Mir wird z. B. oft kritisch vorgeworfen, ich führe zuviel Gespräche. Ich glaube nicht, daß diese Kritik berechtigt ist. Wenn ich nicht mehr bereit wäre, ein Gespräch zu führen und andere anzuhören, damit sie auch ihre Meinung frei sagen können, dann wäre das keine Politik mehr.

³⁸ Kommunalwahlen am 27. September 1964: SPD 43,1%, CDU 46,6%, FDP 8%. Vgl. AdG 1964 S. 11452.

Mir ist es immer unangenehm gewesen – ich spreche jetzt nicht von heute, sondern überhaupt –, wenn ich aufgefordert worden bin, als Bundeskanzler einen Bericht zur Lage zu geben, denn das kann eigentlich nur ein Torso sein, oder man kann nur ganz an der Oberfläche bleiben.

Nach meiner Meinung sollten wir es so einführen, daß man wohl einen Überblick gibt über das politische Geschehen und über den Stand der Ereignisse, aber daß man sich dann ganz konkrete Fragen vorlegt, wie z. B. – Herr Kollege Kohl hat davon gesprochen –, daß uns die Politik in den großen Städten immer mehr aus den Händen gleitet. Hier weiß man tatsächlich nicht mehr, wer Koch und wer Kellner ist.

Ich denke weiter an die Probleme der Entwicklung auf dem europäischen Markt oder in der europäischen Bewegung. Es wird höchste Zeit, daß wir uns darüber konkret unterhalten. Also, an Sachfragen wird es ganz bestimmt nicht fehlen. Sie haben jedenfalls in mir einen Mann, der bereit ist für ein ernsthaftes Gespräch.

Wir können damit die Sitzung schließen. Ich darf Ihnen allen sehr herzlich danken und wünsche Ihnen eine gute Heimreise.